

## **Staatliche und kommunale Denkmalpflege in Niedersachsen**

**Jost J. Assendorp**

Es ist noch zu früh, den Ausbau archäologischer Dienststellen in kommunaler Trägerschaft als eine typische Erscheinung niedersächsischer Bodendenkmalpflege der achtziger Jahren zu definieren. Es fällt dennoch auf, daß etwa seit der Wiedervereinigung, der Ruf nach der Einrichtung kommunaler archäologischer Dienststellen merklich leiser geworden ist, als ob sich die Einschätzung der Bedeutung von Bodendenkmalpflege als kulturelle Aufgabe der Landkreise und Städte relativiert habe. Befürchtungen aber, daß die neunziger Jahre einen Abbau der kommunalen Dienststellen aufweisen würden, sind zwar nicht unbegründet, aber scheinen sich bislang nicht zu bewahrheiten. In der Stadt Göttingen sowie im Landkreis Osterode am Harz wurden die vakanten Dienstposten in diesem Jahr wiederbesetzt; die ABM-Stelle der Stadt Uelzen wurde weitergeführt mit nach wie vor der Absicht, den Stelleninhaber nach Ablauf der ABM irgendwie weiterzubeschäftigen. So wird man wohl davon ausgehen können, daß sich im zahlenmäßigen Verhältnis zwischen staatlicher und kommunaler Denkmalpflege in nächster Zeit nichts wesentlich ändern wird.

Beim Niedersächsischen Landesverwaltungsamt - Institut für Denkmalpflege sind 17 Archäologen beschäftigt, von denen 5 in der Inventarisierung tätig sind und 4 Bezirksarchäologen als Gebietsreferenten die Regierungsbezirke Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Weser-Ems betreuen. Eine gewisse Dezentralisierung wurde durch die Einrichtung der Bezirksaußenstellen in Braunschweig, Lüneburg und Oldenburg erreicht. Daß damit eine flächendeckende örtliche Präsenz nicht unbedingt in jeder Hinsicht sichergestellt werden kann, ist bei der Größe der niedersächsischen Bezirke nicht weiter verwunderlich (Weser-Ems oder Lüneburg sind ungefähr gleich groß wie das ganze Bundesland Schleswig-Holstein). Die primäre Aufgabe der Außenstellen liegt bei der Abgabe von gutachtlichen Stellungnahmen zur Bauleitplanung sowie der Beratung der Denkmalschutzbehörden (Landkreise, Bezirksregierung). Durch die Anbindung an die Schutzbehörden sind sie auch Anlaufstellen für Fundmeldungen. Selbstverständlich ist die Dokumentation von neuen Fundstellen bzw. die Durchführung von Notbergungen hiermit eng verbunden. Über die Organisation und Durchführung von größeren Grabungen wird in Hannover zentral entschieden.

Die Kostensteigerung bei den Ausgrabungen konnte in Niedersachsens Landeshaushalt nicht aufgefangen werden. Das Institut mußte notgedrungen Schwerpunkte setzen und band über längere Zeit Personal und Mittel an Projekte wie z.B. die Stadtkernforschung in Braunschweig, den frühen Herrensitz in Düna, die Begleitung der Emslandautobahn und Siedlungsuntersuchungen in Rullstorf oder Hitzacker. Wir hatten zeitweilig eindeutig Probleme, eine inzwischen recht (oder zu?) anspruchsvolle Öffentlichkeit von der Notwendigkeit dieser Projekte zu überzeugen.

Im Grunde gleichzeitig ging die Blütezeit der ehrenamtlichen Bodendenkmalpflege zu Ende. Die wenigen Beauftragten alter Prägung, die weitgehend

## *Das aktuelle Thema: Bodendenkmalpflege*

selbständig in der Lage waren, die sog. «kleine Denkmalpflege» - von Fundbergungen bis zu kleineren Notgrabungen - in der Region aufrechtzuerhalten, kamen zur Einsicht, daß ihre Tätigkeit den Ansprüchen moderner Archäologie nicht mehr genügen konnte und plädierten in ihren Kreisen für professionelle Nachfolger, also für die Ernennung eines Kreisarchäologen (z.B. Detlef SCHÜNEMANN im Landkreis Verden). Kommunalarchäologie als Nachfolge starker Beauftragtenpersönlichkeiten läßt sich in mehreren Fällen recht gut nachweisen, zuallererst im Landkreis Wesermünde (heute Cuxhaven), wo 1966 der erste Archäologe im kommunalen Dienst ernannt wurde (Hans AUST). Interessanterweise kam dort ein weiterer Faktor hinzu, der für das Entstehen von kommunalen Dienststellen ausgesprochen förderlich gewesen ist: Ein zeitweilig starkes Engagement staatlicher Archäologie in der Region, in diesem Fall die Forschungsgrabungen des Nieders. Instituts für Historische Küstenforschung (ehem. Marschen- und Wurtenforschung) auf der Feddersen Wierde und in Flögeln. Gleichermaßen waren die Ausgrabungen in der Trasse des Elbe-Seiten-Kanals Initialzündung für die Kreisarchäologie in Uelzen.

In den achtziger Jahren wurde der Ruf nach Förderung der regionalen Denkmalpflege nach dem Muster der Kommunalarchäologie vor allem dort stärker, wo aus logistischen Gründen die Präsenz der staatlichen Denkmalpflege geringer war oder so angesehen wurde. So ist es kein Zufall, daß die meisten kommunalen Dienststellen eher in der Peripherie der Bezirke zu finden sind: Cuxhaven, Stade, Verden zu Lüneburg, Emsland oder Osnabrück zu Oldenburg und Göttingen zu Braunschweig. Eine Ausnahme wie die Stadt Lüneburg bestätigt die Regel: hier waren fachtechnische Gründe für die Einrichtung der Stelle ausschlaggebend.

In Niedersachsen gibt es heute 11 Kreis- und 8 Stadtarchäologen (davon 4 ABM); im Dienst der Ostfriesischen Landschaft arbeiten 2 Archäologen, beim Landschaftsverband in Hildesheim ein weiterer und das Hamburger Museum für Archäologie betreut mit einem Wissenschaftler den Landkreis Harburg. Die Zahlen zeigen, daß Staat und Kommunen sich die Bodendenkmalpflege fast gleichmäßig teilen. Ein Vergleich des Einsatzes von Eigenmitteln läßt sich mangels konkreter Zahlen schwer ziehen, aber er dürfte insgesamt bei Land und Kommunen in etwa gleich sein.

Die Archäologie ist keine gesetzliche Aufgabe der Kommunen, sondern als grundsätzlich zusätzliche Aufgabe leichter mit Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit (ABM) zu fördern (leider wird so häufig auch die Stellenausstattung im Mittelbau finanziert, was der Struktur der Dienststellen auf die Dauer nicht gerade förderlich ist). Der gesamte Mittelumsatz ist aus diesem Grund im kommunalen Bereich zur Zeit wesentlich höher.

Die Vergleiche zeigen, daß Kommunalarchäologie aus der Praxis der niedersächsischen Denkmalpflege nicht mehr wegzudenken ist. Wenn auch vielleicht nicht jeder regionalen Maßnahme aus der Sicht des Landes eine hohe Priorität beigemessen würde, so ist die Vordringlichkeit der absoluten Mehrzahl aller Aktivitäten und Ausgrabungen unstrittig und hätte beim Verzicht zu erheblichen Denkmal- und Erkenntnisverlusten geführt. Die alljährlichen Verlustlisten aus dem Bezirk Lüneburg, wo innerhalb des Landes Niedersachsen die größte Dichte kommunaler Dienststellen besteht, zeigen in ihrer erfreulichen Knappheit Jahr für Jahr die Effektivität des Einsatzes von Kreis- und Stadtarchäologen bei der Sicherstellung gefährdeter Bodendenkmale.

Als typisch zentrale, staatliche Aufgaben haben sich thematische Schwerpunktgrabungen und vor allem die Inventarisierung der archäologischen Denkmale im Gelände erwiesen. Zu oft konnten die stets relativ kleinen regionalen Dienststellen nicht die erforderliche Kontinuität bei der Aktenauswertung, Denkmalüberprüfung, kartographischen und verwaltungstechnischen Aufarbeitung sicherstellen, so daß eine Zusammenarbeit mit der Inventarisationsabteilung des Instituts für Denkmalpflege hin und wieder ungewollt zum gegenseitigen Frusterlebnis verkam. Die oben genannte Strukturschwäche bei vielen Kommunalarchäologen führt fast selbstredend auch zu Schwierigkeiten bei der Einbindung ihrer Ergebnisse in die zentralen Archive des Landes.

Für die Landesforschung hat die Arbeit der Kommunalarchäologen zweifelsohne einen ganz wesentlichen Beitrag geliefert. Einige willkürlich herausgegriffene Beispiele mögen dies verdeutlichen. An erster Stelle die spektakuläre Identifikation der Varusschlacht in Kalkriese durch den Osnabrücker Archäologen Wolfgang SCHLÜTER. Die Fundgeschichte war in extenso nachzulesen in *"Spektrum der Wissenschaft"* vom Februar 2/1992 (oder in den *"Berichten zur Denkmalpflege in Niedersachsen"*, Heft 1/1991) und braucht hier nicht wiederholt zu werden.

In der Stadtarchäologie haben die Arbeiten von Sven SCHÜTTE in Göttingen die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Hier möchte ich aber ein kleines Beispiel aus der Praxis der Buxtehuder Stadtarchäologie anführen, da hier ein international interessanter Befund dokumentiert und nachfolgend geschützt wurde. Von Seiten der staatlichen Denkmalpflege wäre es in diesem Fall wahrscheinlich nicht zu einer Ausgrabung gekommen. Im Zuge der Stadtsanierung sollte zur Verschönerung eines kleinen Platzes eine Brunnenanlage gebaut werden. Bei Nachforschungen im Untergrund stieß die Stadtarchäologin Gisela HEESE-GREVE auf eine komplizierte Stauwehnanlage, die mit bemerkenswertem Aufwand und in hoher Qualität aus Eichenhölzern errichtet war. Es handelt sich hier mit hoher Wahrscheinlichkeit um die zentrale Wasserregulierung des Flusses der Este, die für die Pfahlgründungen der Stadt im Moor unerlässlich war (und ist). Ähnliche Wasserregulierungen bilden die Grundlage für viele niederländische Städte, wo durch Wehranlagen (Dämme) eine feste Grundwasserhöhe gesichert wurde, die die Gründungspfähle gegen Abfauen schützte. Beispiele sind Amsterdam, Rotterdam oder Schiedam - nirgendwo aber wurde bislang dort ein solcher «Dam» archäologisch untersucht.

Es ergibt sich somit ein sowohl im Sinne der Bodendenkmalpflege als im Sinne der Landesforschung ein überwiegend positives Bild aus der niedersächsischen Praxis zusammenarbeitender kommunaler und staatlicher Dienststellen. Probleme liegen vor allem in einer Strukturschwäche, resultierend aus den Arbeitsbedingungen mit einer hohen Abhängigkeit von ABM und sonstigen sozialen Fördermaßnahmen, begründet. Die nächsten Jahren werden zeigen, ob es gelingen wird, nach den Anfangserfolgen der achtziger Jahren allmählich Stellen für Grabungstechniker, Registraturkräfte und Zeichner und somit eine solidere Basis für die kommunalarchäologische Arbeit als Daueraufgabe zu schaffen.

Dr. Jost J. Assendorp  
Niedersächsisches Landesverwaltungsamt  
- Institut für Denkmalpflege -  
Außenstelle für den Regierungsbezirk Lüneburg  
Postfach 2360  
2120 Lüneburg